Eigenerklärung zur Eignung

(vom Bieter bzw. Mitglied der Bietergemeinschaft und den anderen Unternehmern (Eignungsleihe) auszufüllen)

Bezeichnung der Leistung:

Projekt:	Wasserstoffleitung Seyweiler – Dillingen
Leistung:	Rahmenvereinbarung Vermessungsleistungen Planungsphase

Die nachfolgenden Erklärungen gibt der/geben die Unterzeichner ab

Zutreffendes bitte ankreuzen

☐ *im eigenen Namen als Bieter*
☐ *als Mitglied der Bietergemeinschaft*
☐ *als anderes Unternehmen (Eignungsleihe)*

Name und Anschrift des Bieters / des Mitglieds der Bietergemeinschaft / anderen Unternehmen (Eignungsleihe)

		Ort:	
		Datum:	
		Telefon:	
		E-Mail:	

Das unterzeichnende Unternehmen erklärt, dass es gemäß der Definition der Europäischen Kommission (Empfehlung 2003/361/EG) zur folgenden Größenklasse gehört:

☐ Kleinstunternehmen (≤ 9 Beschäftigte / ≤ 2 Mio. EUR Jahresumsatz)
☐ Kleines Unternehmen (≤ 49 Beschäftigte / ≤ 10 Mio. EUR Jahresumsatz)
☐ Mittleres Unternehmen (≤ 249 Beschäftigte / ≤ 50 Mio. EUR Jahresumsatz)
☐ Großunternehmen (> 249 Beschäftigte / > 50 Mio. EUR Jahresumsatz)

Hinweise:

Eignungsleihe: Wenn bei der Ausführung des Auftrags die technische und berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen in Anspruch genommen werden sollen („Eignungsleihe"). In diesem Fall sind zusätzlich die Anlage E Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer mit darin enthaltener Erklärung der Kapazitätszusicherung und die Anlage L Verpflichtungserklärung zum STFLG einzureichen.

Inhalt

Teil A: Eigenerklärungen zu Nichtvorliegen von Ausschlussgründen 4

Teil B: Eigenerklärungen zur Eignung 7

Hinweis zum Ausfüllen des Formblatts ANL B Eigenerklärung zur Eignung:

Teil A und Teil B:

Die Unternehmen sind verpflichtet, die vollständig ausgefüllten **Abschnitte Teil A**, sowie **Teil B** mit ihrem Angebot einzureichen und damit das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie ihre Eignung nachzuweisen.

Teil B einschließlich der Unterkategorien stellt eine **Mindestvoraussetzung** für die Angebotsbewertung dar und ist vollständig ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen.

Teil A: Eigenerklärungen zu Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Zu 5.3: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen

Bezugshinweis: Rechtskräftige Verurteilung oder Geldbuße gem. §§ 123, 124 GWB

☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 - 3 GWB vorliegen, also, dass

keine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen dabei eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen dann zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Bezugshinweis: Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge gem.§ 123 Abs. 4 GWB

☐ *Ich erkläre/wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit ich/wir der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.*

Bezugshinweis: Schwere Verfehlung gem. § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB
☐ *Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen habe/haben.*

Bezugshinweis: Insolvenzverfahren / Liquidation gem. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB		
Angabe, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt oder ein Insolvenzplan rechtskräftig § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB bestätigt wurde.		
Ja	Nein	
☐	☐	Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlich geregelten Verfahrens wurde beantragt.
☐	☐	Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahrewurde eröffnet.
☐	☐	Ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlich geregelten Verfahrens wurde mangels Masse abgelehnt.
☐	☐	Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt.
Falls ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, werde(n) ich/wir ihn auf Verlangen vorlegen.		

Angabe, ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.
Mein/Unser Unternehmen befindet sich in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt. ☐ Ja ☐ Nein

Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB
☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass im Rahmen meiner/unserer beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität meines/unseres Unternehmens in Frage gestellt wird.

Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB
☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB
☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann.

Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB
☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann.

Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB
☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat.

Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB
☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.

Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB
☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass das Unternehmen a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 21 Abs. 1 AEntG, § 98c AufenthG,§ 19 Abs. 1 MiLoG, § 21 SchwarzArbG
☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen kein Ausschlussgrund i. S. v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) vorliegt. ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht – gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder – gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder – gem. § 19 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

Hinweis zur Selbstreinigung, falls Ausschlussgründe vorliegen:
Falls eine oder mehrere der vorstehenden Erklärungen nicht angekreuzt werden, muss auf einer gesonderten Anlage detailliert dargelegt werden, dass eine Selbstreinigung im Sinne von § 125 GWB stattgefunden hat oder dargelegt werden, dass der zulässige Zeitraum für Ausschlüsse nach § 126 GWB abgelaufen ist.

Bezugshinweis: Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz Erklärung gem. § 22 Abs. 1 und Abs. 2 LkSG
☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen kein im Sinne des § 22 Abs. 1 und Abs. 2 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) relevanter rechtskräftig festgestellter Verstoß gegen das LkSG vorliegt.

Teil B: Eigenerklärungen zur Eignung

Die nachfolgenden Erklärungen sind von allen Bietern/Bietergemeinschaften auszufüllen.

Nur von Bietergemeinschaften auszufüllen: *Erklärung der gesamtschuldnerischen Haftung*
☐ Wir – die Bietergemeinschaft – weisen die gesamtschuldnerische Haftung unserer Bietergemeinschaft in der Anlage C „Erklärung Bietergemeinschaft“ unter Benennung eines bevollmächtigten Vertreters nach.

a) Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Eigenerklärung zur Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (Mindestbedingung):
Zu Punkt 5.3.2 Ausschreibungsleitfaden

☐ Ich bin/Wir sind zur Führung der Berufsbezeichnung „Vermessungsingenieur“ (Dipl.-Ing, B.Eng. BSc., M.Eng., M.Sc. oder gleichwertig) berechtigt. Das heißt, es besteht nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Landesrecht die Berechtigung, die Berufsbezeichnung „Vermessungsingenieur“ zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden.

Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, ist auf Verlangen der Vergabestelle die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Vermessungsingenieur“ nachzuweisen (bspw. durch Vorlage einer Kopie der Urkunde).
Hinweis: Juristische Personen müssen für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Betriebsangehörigen benennen, der die oben genannte Berufsqualifikation erfüllt.

b) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Ich bin/Wir sind ausreichend leistungsfähig, um die ausgeschriebene Leistung zu erbringen.

Eigenerklärung zum Versicherungsschutz (Mindestbedingung):
Zu Punkt 5.3.3 Ausschreibungsleitfaden

Eigenerklärung zum Nachweis einer Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung	☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen je Schadensfall abgeschlossen haben oder, dass im Falle der Zuschlagserteilung eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen je Schadensfall abgeschlossen wird: - je Schadensfall: mindestens 5.000.000 EUR - Als Schadensfälle nach dieser Regelung verstehen sich Personenschäden, Sachschäden und Vermögensschäden. - Die vorstehenden Deckungssummen müssen je Schadensfall und zweifach pro Jahr (= zweifache Maximierung) zur Verfügung stehen. Eine zweifache Maximierung liegt vor, wenn die jeweilige Deckungssumme innerhalb eines Versicherungsjahres dem Bieter mindestens für zwei voneinander unabhängige Versicherungsfälle vollständig zur Verfügung steht. Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, ist auf Verlangen der Vergabestelle das Bestehen einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens den vorstehend genannten Deckungssummen und der geforderten zweifachen Maximierung durch Vorlage der Versicherungspolice nachzuweisen. Alternativ kann zum Nachweis der Versicherungswürdigkeit die schriftliche Erklärung eines Versicherers vorgelegt werden, in der bestätigt wird, im Auftragsfall die ausgeschriebenen Leistungen mit den o. g. Mindestdeckungssummen zu versichern, um diese dann erst im Zuschlagsfall unverzüglich nachzureichen. Ich verpflichte mich / Wir verpflichten uns, den o.g. Versicherungsschutz für die Dauer der Rahmenvereinbarung in der vorgenannten Höhe sicherzustellen. Hinweis: Bei Bietergemeinschaften hat jedes Mitglied der Bietergemeinschaft separat die Erklärungen und Nachweise zum geforderten Versicherungsschutz zu erbringen.

c) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Mindestbedingungen) – zu Ziff. 5.3.4 Ausschreibungsleitfaden

Vermessungskonzept

Mit dem Angebot ist in einer gesonderten Anlage ein „Ausführungskonzept topographische Geländeaufnahme“ als Kurzbeschreibung abzugeben, worin über mindestens folgende Angabe zur geplanten Leistungserbringung Auskunft gegeben wird:

- Vorgesehene Technologien, Gerätschaften und Messverfahren für die Geländeaufnahmen
- Vertikale und horizontale Messgenauigkeiten
- Geplante Vorgehensweise für die Befliegungen und topographischen Geländeaufnahmen des bevorzugten Trassenkorridors (Länge ca. 67 km, Korridorbreite 500 m) mit Terminablauf einschl. Einholen ggf. erforderlicher Erlaubnisse oder Genehmigungen

Referenzprojekt (Mindestbedingung)

Der Bieter hat zum Nachweis seiner technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit mindestens ein oder mehrere Referenzprojekt zu benennen, in dem der Bieter mit den im vorstehenden Vermessungskonzept beschriebenen und für die Leistungserbringung vorgesehenen Technologien, Gerätschaften und Messverfahren für ein vergleichbares Linienbauprojekt (Neubau einer erdverlegte Rohrleitungs- oder Leitungstrasse) erbracht hat.

Als Referenzprojekte werden nur Projekte berücksichtigt, für die folgende Mindestbedingungen erfüllt sind:

- Auftragsgegenstand: Vermessungsleistungen für Neubau einer erdverlegte Rohrleitungs- oder Leitungstrasse einschließlich Erstellung eines 3D-Geleändemmodells
- Leistungszeitraum: Fertigstellung der Vermessungsleistungen innerhalb des Zeitraums 01.01.2021 bis zum Ablauf der Angebotsfrist erbracht hat.
- Trassenlänge: mind. 15 km
- Korridorbreite (Vermessungskorridor): mind. 100 m
- Vertikale Messgenauigkeit (topographische Geländeaufnahme): mind. 5 cm
- Horizontale Messgenauigkeit (topographische Geländeaufnahme): mind. 5 cm

Der Nachweis von Referenzen für die im Vermessungskonzept vorgeschlagenen Technologien, Gerätschaften und Messverfahren kann in einem Referenzprojekt oder in mehreren getrennten Referenzprojekten erbracht werden. Die vorstehenden Mindestbedingungen gelten dabei für jedes Referenzprojekt.

Im Fall einer Bietergemeinschaft oder im Falle der Eignungsleihe sind die Referenzprojekte in der Anlage B des jeweiligen Mitglieds der Bietergemeinschaft oder des jeweiligen eignungsverleihenden Unterauftragnehmers auszufüllen, welches das Referenzprojekt in das Angebot einbringt.

Referenzprojekt Nr. 1 (Mindestbedingung)
☐ Zum Nachweis, dass ich/wir die in meinem/unserem „Ausführungskonzept topographische Geländeaufnahme“ beschriebenen und für die Leistungserbringung vorgesehenen Technologien, Gerätschaften und Messverfahren in einem vergleichbaren Linienbauprojekt (Neubau einer erdverlegte Rohrleitungs- oder Leitungstrasse) bereits erfolgreich eingesetzt habe(n), benennen wir das nachfolgende Referenzprojekt.
Eigenerklärungen zum Referenzprojekt:
Name des Referenzprojekts:
Auftraggeber mit Angabe Ansprechpartner für Rückfragen (Name, Telefonnummer):
Auftragsgegenstand (Kurze Beschreibung der erbrachten Leistungen):
Name des referenzgebenden Unternehmens (Bieter oder Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterauftragnehmer im Falle der Eignungsleihe):
Beauftragter Leistungsumfang (Vermessungsleistungen):
Leistungszeitraum (Fertigstellung der Leistungen muss im Zeitraum 01.01.2021 bis zum Ablauf der Angebotsfrist erfolgt sein.)
Eingesetzte Technologien, Gerätschaften und Messverfahren:
Trassenlänge (mind. 15 km Trassenlänge)
Korridorbreite (Vermessungskorridor mind. 100 m Korridorbreite)
Vertikale Messgenauigkeit (mind. 5 cm)
Horizontale Messgenauigkeit (mind. 5 cm)

Referenzprojekt Nr. 2 (Optional)
☐ Zum Nachweis, dass ich/wir die in meinem/unserem „Ausführungskonzept topographische Geländeaufnahme“ beschriebenen und für die Leistungserbringung vorgesehenen Technologien, Gerätschaften und Messverfahren in einem vergleichbaren Linienbauprojekt (Neubau einer erdverlegte Rohrleitungs- oder Leitungstrasse) bereits erfolgreich eingesetzt habe(n), benennen wir das nachfolgende Referenzprojekt.
Eigenerklärungen zum Referenzprojekt:
Name des Referenzprojekts:
Auftraggeber mit Angabe Ansprechpartner für Rückfragen (Name, Telefonnummer):
Auftragsgegenstand (Kurze Beschreibung der erbrachten Leistungen):
Name des referenzgebenden Unternehmens (Bieter oder Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterauftragnehmer im Falle der Eignungsleihe):
Beauftragter Leistungsumfang (Vermessungsleistungen):
Leistungszeitraum (Fertigstellung der Leistungen muss im Zeitraum 01.01.2021 bis zum Ablauf der Angebotsfrist erfolgt sein.)
Eingesetzte Technologien, Gerätschaften und Messverfahren:
Trassenlänge (mind. 15 km Trassenlänge)
Korridorbreite (Vermessungskorridor mind. 100 m Korridorbreite)
Vertikale Messgenauigkeit (mind. 5 cm)
Horizontale Messgenauigkeit (mind. 5 cm)

Referenzprojekt Nr. 3 (Optional)
☐ Zum Nachweis, dass ich/wir die in meinem/unserem „Ausführungskonzept topographische Geländeaufnahme“ beschriebenen und für die Leistungserbringung vorgesehenen Technologien, Gerätschaften und Messverfahren in einem vergleichbaren Linienbauprojekt (Neubau einer erdverlegte Rohrleitungs- oder Leitungstrasse) bereits erfolgreich eingesetzt habe(n), benennen wir das nachfolgende Referenzprojekt.
Eigenerklärungen zum Referenzprojekt:
Name des Referenzprojekts:
Auftraggeber mit Angabe Ansprechpartner für Rückfragen (Name, Telefonnummer):
Auftragsgegenstand (Kurze Beschreibung der erbrachten Leistungen):
Name des referenzgebenden Unternehmens (Bieter oder Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterauftragnehmer im Falle der Eignungsleihe):
Beauftragter Leistungsumfang (Vermessungsleistungen):
Leistungszeitraum (Fertigstellung der Leistungen muss im Zeitraum 01.01.2021 bis zum Ablauf der Angebotsfrist erfolgt sein.)
Eingesetzte Technologien, Gerätschaften und Messverfahren:
Trassenlänge (mind. 15 km Trassenlänge)
Korridorbreite (Vermessungskorridor mind. 100 m Korridorbreite)
Vertikale Messgenauigkeit (mind. 5 cm)
Horizontale Messgenauigkeit (mind. 5 cm)

Anlagen:

-
-
-
-
-
-
-

Mit freundlichen Grüßen

.....	.....	.....
(Ort)	(Datum)	(Person des Erklärenden und Funktion)